

DIE CHARTA DER DIGITALEN RECHTE



Ein Leitfaden für EntscheidungsträgerInnen

European Digital Rights (EDRi) ist ein Netzwerk aus 34 Bürgerrechtsorganisationen aus 19 europäischen Ländern. Unser Ziel ist es, Grundrechte und Freiheiten in der digitalen Welt zu fördern, zu schützen und Aufrecht zu erhalten.

EDRi startete im Europawahlkampf 2014 eine innovative Kampagne, um auf das Thema "digitale Grundrechte" aufmerksam zu machen. Im Rahmen dieser Kampagne verfassten die Mitglieder von EDRi eine 10-Punkte Charta der digitalen Grundrechte. Kandidaten für das Europaparlament konnten versprechen, diese Charta zu verteidigen. Dreiundachtzig dieser Kandidaten aus 21 Mitgliedstaaten wurden ins Europäische Parlament gewählt. Diese Broschüre möchte allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments weitere Hinweise und Erklärungen zu den zehn Grundsätzen der Charta der digitalen Grundrechte geben.

Leitfaden geschrieben von:

Kirsten Fiedler, Managing Director, EDRi

Joe McNamee, Executive Director, EDRi

Mit Beiträgen von:

Maryant Fernández Pérez, Intern, EDRi

Alexandre Bénétreau, Intern, EDRi

Fukami, Chaos Computer Club (CCC)

Ben Wagner, Digitale Gesellschaft

Karsten Gerloff & Matthias Kirschner, Free Software Foundation Europe

Bearbeitet von: Joe McNamee, Executive Director, EDRi

Übersetzung ins Deutsche: Christine Ambrosi, Kilian Vieth, Kirsten Fiedler

Layout von: Heini Järvinen, Kommunikations- und Community-Management, EDRi

Teilweise unterstützt durch einen Zuschuss der Open Society Foundations, und mit finanzieller Unterstützung von Adessium, CENTR and .SE.

Dieses Dokument wird unter der Creative Commons 2.0 Lizenz (CC BY 2.0) vertrieben.
<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

INHALT

- SEITE 04 ICH WERDE MICH FÜR TRANSPARENZ, ZUGANG ZU DOKUMENTEN UND BÜRGERBETEILIGUNG EINSETZEN**
- SEITE 06 ICH WERDE GESETZE ZUR STÄRKUNG VON DATENSCHUTZ UND PRIVATSPHÄRE UNTERSTÜTZEN**
- SEITE 08 ICH WERDE MICH FÜR UNEINGESCHRÄNKTEN ZUGANG ZUM INTERNET UND INTERNETDIENSTEN EINSETZEN**
- SEITE 10 ICH WERDE DIE MODERNISIERUNG DES URHEBERRECHTS UNTERSTÜTZEN**
- SEITE 12 ICH SETZE MICH GEGEN FLÄCHENDECKENDE, UNKONTROLLIERTE ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN EIN**
- SEITE 14 ICH WERDE ANONYMITÄT UND VERSCHLÜSSELUNG IM INTERNET UNTERSTÜTZEN**
- SEITE 16 ICH WERDE MASSNAHMEN ZUR PRIVATISIERTEN RECHT-DURCHSETZUNG AUSSERHALB DER RECHTSSTAATLICHKEIT ABLEHNEN**
- SEITE 18 ICH WERDE MICH FÜR EXPORTKONTROLLEN VON ZENSUR- UND ÜBERWACHUNGSTECHNOLOGIEN EINSETZEN**
- SEITE 20 ICH WERDE MICH FÜR DAS MULTISTAKEHOLDER- UND MITBESTIMMUNGSPRINZIP EINSETZEN**
- SEITE 22 ICH WERDE DIE NUTZUNG VON FREIER SOFTWARE UNTERSTÜTZEN (OPEN SOURCE SOFTWARE)**
- SEITE 24 DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT VERTEIDIGEN**

ICH WERDE MICH FÜR TRANSPARENZ, ZUGANG ZU DOKUMENTEN UND BÜRGERBETEILIGUNG EINSETZEN

Ich werde Maßnahmen unterstützen, die zu einer Steigerung von Transparenz beitragen und BürgerInnen ermöglichen, durch besseren Zugang zu Dokumenten in allen europäischen Sprachen (inklusive Konsultationen) an Gesetzgebungsprozessen der EU teilzuhaben. Ich werde Maßnahmen fördern, die sowohl die Verfügbarkeit von Regierungsunterlagen verbessern als auch die Verwendung von offenen Formaten und Standards in der Regierung vorsehen.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

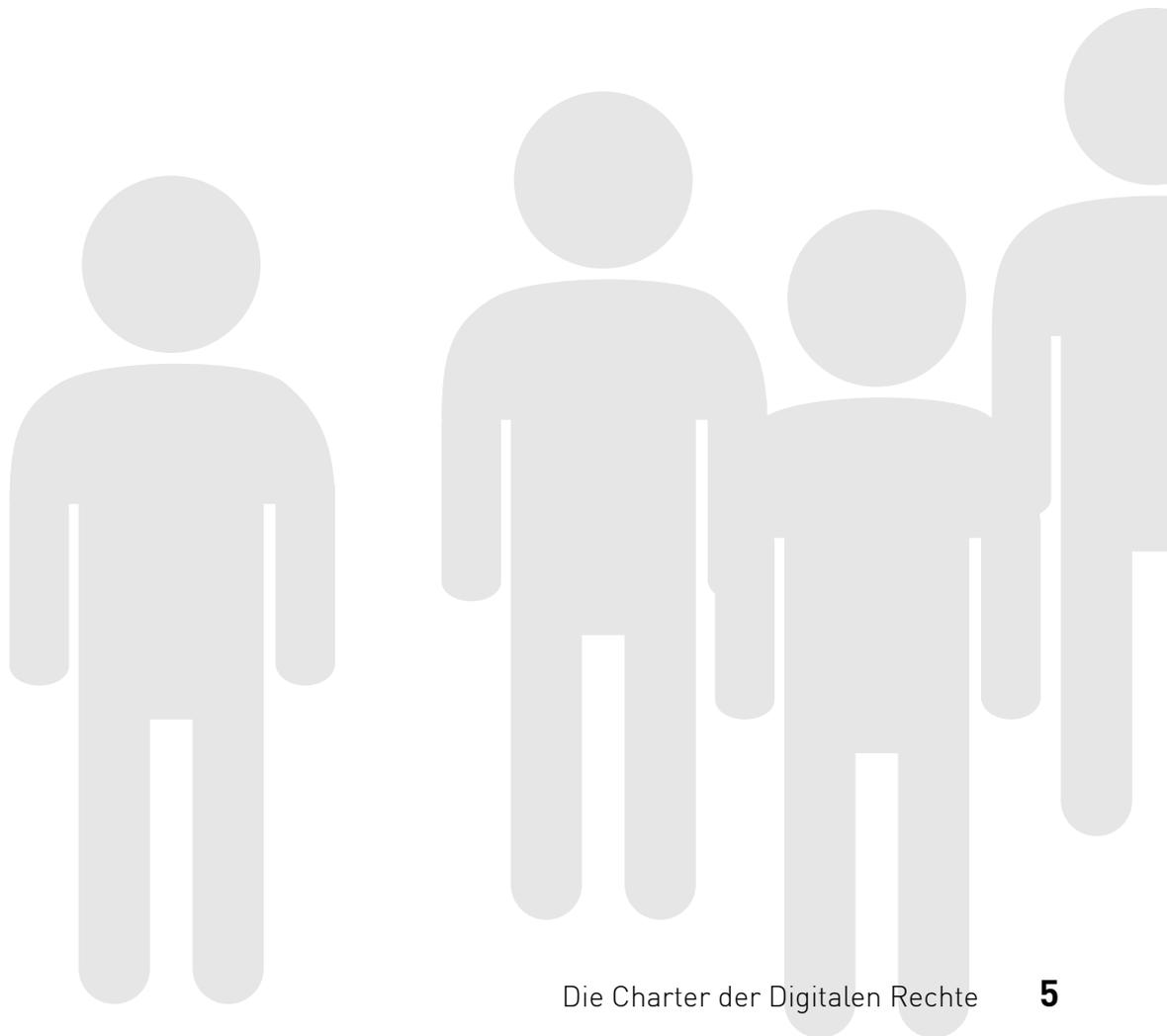
Zugang zu Dokumenten ist ein Grundrecht, das in Artikel 42 der EU-Grundrechtecharta verankert ist. Dieses Grundrecht erfasst Dokumente des Rats, des Parlaments und der Kommission der Europäischen Union. Anderen Institutionen, Behörden und Körperschaften sind durch sekundäres Recht und "Soft Law" dazu verpflichtet, Dokumente unter bestimmten Bedingungen zu veröffentlichen.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Transparenz ist ein wichtiges Mittel, mit dem BürgerInnen sowohl öffentliche als auch private Institutionen zur Rechenschaft ziehen können. Außerdem ermöglicht es jedem von uns, am EU-Entscheidungsprozess teilzuhaben. Je größer die Transparenz, desto größer die Rechenschaftspflicht. Dies wiederum führt zu mehr Sensibilisierung und Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Setzen Sie sich für eine Reform der Verordnung 1049/2001 ein, die den öffentlichen Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlamentes, des Rats und der Kommission regelt. Eine Reform ist dringend notwendig, um die Transparenz innerhalb der EU zu **erhöhen und um sicherzustellen**, dass **Transparenz und Offenheit die Regel** und nicht die Ausnahme sind.
- Unterstützen Sie den **umfassenden Zugang zu EU-Dokumenten** (inklusive Konsultationen) in allen offiziellen europäischen Sprachen sowie eine vermehrte **Bürgerbeteiligung** am Entscheidungsprozess.
- Fördern sie größere **Verfügbarkeit von staatlichen Daten und Dokumenten**.
- Setzen Sie sich für die Nutzung von offenen **Formaten und offenen Standards** ein, um Zugänglichkeit und innovative Wiederverwendung zu steigern.
- Werben Sie dafür, dass Datenbanken mit öffentlichen **Dokumenten einfacher zu nutzen** sind und standardmäßig so viele Dokumente wie möglich beinhalten. Es sollte so wenige Ausnahmen wie möglich geben.



ICH WERDE GESETZE ZUR STÄRKUNG VON DATENSCHUTZ UND PRIVATSPHÄRE UNTERSTÜTZEN

Ich werde Gesetze unterstützen, die das Grundrecht auf Privatsphäre schützen und stärken. Dies beinhaltet die proaktive Entscheidung, ob und wie unsere persönlichen Daten verarbeitet werden. Ich werde mich für ein angemessenes Niveau an Transparenz und Sicherheit bei der Datenverarbeitung einsetzen.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Das Recht auf Privatsphäre und das Recht auf Datenschutz sind Grundrechte gemäß Artikel 7 und 8 der EU-Grundrechtecharta. Persönliche Daten sind Informationen, mit denen Personen direkt oder indirekt identifiziert werden können. Solche Daten können sehr sensibel sein, wie zum Beispiel Gesundheitsdaten.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Das Recht auf Privatsphäre ist ein Grundrecht und ermöglicht die Verwirklichung anderer Rechte, wie etwa das Recht auf Kommunikations- und Versammlungsfreiheit. Personenbezogene Daten haben allerdings auch einen hohen ökonomischen Wert. Deswegen gibt es derzeit einen starken Druck auf die Politik, um Datenschutzstandards zu senken. Schwächere Regeln führen jedoch zu weniger Vertrauen, was für eine mittel- bis langfristige Sicht die ökonomische Verwertung von persönlichen Daten untergraben wird.

Die Prinzipien des geltenden Rechtssystems müssen klarer formuliert werden, um in der digitalen Welt durchsetzbar zu sein. Das ist einer der Gründe für die gegenwärtige Reform der Richtlinie 95/46/EG zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und des Rahmenbeschlusses 2008/977 über den Schutz personenbezogener Daten im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Um eine europaweite Harmonisierung zu erreichen, wird die genannte Richtlinie in eine Verordnung umgewandelt und der genannte Rahmenbeschluss wird zur Richtlinie.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Unterstützen Sie Bemühungen, die **Datenschutzreform schnell zu verabschieden**.
- Unterstützen **Sie finanzielle Hilfen** für die Entwicklung von privatsphäre-freundlichen Technologien.
- Setzen Sie sich für Instrumente ein, **die Bürgern das Recht geben**, selbst zu entscheiden ob und wie ihre Daten verarbeitet werden.
- Unterstützen Sie **Transparenzmaßnahmen und die Entwicklung von Sicherheits-Tools zur Datenverarbeitung**.
- Unterstützen Sie, dass die zuständigen **Aufsichtsbehörden im Zuge der Reformen vollständige Unabhängigkeit** erlangen.

Mehr Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie in der EDRI-Broschüre "Datenschutz" unter:
http://www.edri.org/files/paper06_datap.pdf (eng)

ICH WERDE MICH FÜR UN- EINGESCHRÄNKTEN ZUGANG ZUM INTERNET UND INTERNETDIENSTEN EINSETZEN

Ich werde Gesetze unterstützen, die Authorisierungs- und Zugangseinschränkungen zum Anbieten von Internetdiensten und -inhalten abbauen. Ich werde Maßnahmen unterstützen, die zum Schutz von Netzneutralität, zur Sicherstellung eines wirksamen Wettbewerbs und zur Liberalisierung von Radiofrequenzen beitragen.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Inhalte ohne Einschränkungen oder Registrierungspflichten bereitzustellen bedeutet konkret: Nutzer, Kreative und Unternehmen müssen nicht erst eine Lizenz, eine Erlaubnis oder Authorisierung einholen, bevor sie Inhalte im Internet anbieten können. So hat das Internet bis heute erfolgreich funktioniert, so sind zum Beispiel Plattformen wie Wikipedia oder YouTube entstanden.

Netzneutralität bedeutet, dass alle Dienstleistungen und alle Inhalte, alle Sender und Empfänger von Information im Internet gleich behandelt werden. Es ist eines der grundlegenden Prinzipien des Internets und erlaubt die Übertragung und das Empfangen von Information ohne Diskriminierung, Störung oder Einschränkung.

Frequenz ist ein Teilbereich des elektromagnetischen Wellenspektrums, die für den Hörfunk verwendet wird. Es ist verschiedene Bänder aufgeteilt, die jeweils kleine Frequenzbereiche von Radiowellen zusammenfassen. Jedes Frequenzband ist für eine bestimmte Art der Nutzung vorgesehen, um Störungen durch andere Geräte und Technologien zu vermeiden. Je größer die verfügbare Bandbreite - und je effektiver sie genutzt wird - desto größer sind die Möglichkeiten neuer, innovativer Kommunikationstechnologien. Trotz dieses riesigen Potenzials bleiben viele Frequenzbänder ungenutzt ("white spaces", weiße Flecken) und werden von öffentlichen und privaten Einrichtungen entweder verschwenderisch oder gar nicht genutzt¹. Das bedeutet, dass es nach wie vor beträchtlichen Spielraum zur Effizienz- und Flexibilitätssteigerung gibt.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Genauso wie wir Versammlungsfreiheit offline haben, sollten wir diese Freiheit auch im virtuellen öffentlichen Bereich haben. Wenn restriktive Anforderungen für die Bereitstellung von Inhalten im Internet eingeführt werden, dann wird nicht nur der Zugang zum öffentlichen Raum, sondern auch zu einem potenziell grenzenlosen Markt und einem zentralen Teil der Kultur, eingeschränkt. Inhalte im Internet abzurufen und bereitzustellen ist untrennbar mit dem Recht auf Meinungsfreiheit verbunden (Artikel 11 der EU-Grundrechtecharta).

Dies wurde vom UN-Menschenrechtsausschuss im Allgemeinen Kommentar Nr. 34 zur Meinungsfreiheit betont: "Journalismus ist eine Funktion, die von einem breiten Spektrum von Akteuren ausgeübt wird, inklusive [...] Blogger und andere, die selbst publizieren, sei es in Papierform oder im Internet oder anderswo, und allgemeine staatliche Systeme für die Registrierung oder Lizenzvergabe an Journalisten verstoßen gegen [Artikel 19] Paragraph 3."

Netzneutralität ist der zentrale Grund für den Erfolg des Internets. Netzneutralität ist entscheidend für Innovationen, den Wettbewerb und den freien Austausch von Informationen. Vor allem jedoch entstehen durch das Prinzip der Netzneutralität neue Formen der Ausübung von Grundrechten im Internet, wie etwa der Meinungsfreiheit und der Informationsfreiheit.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- **Netzneutralität:** Das Europäische Parlament hat im **April 2014** eine legislative Entschließung über den Entwurf der Verordnung zur Regulierung des Europäischen Binnenmarktes für elektronische Kommunikation verabschiedet. Er beinhaltet Änderungen des Kommissionsentwurfs, um das offene Internet zu bewahren, Netzneutralität sicherzustellen und Diskriminierung im Netz zu untersagen. Es ist entscheidend, dass das Europäische Parlament in der zweiten Lesung zu dieser Entscheidung steht.
- **Frequenzbänder:** Die im April 2014 vom Europäischen Parlament verabschiedete Entschließung fördert die Liberalisierung von ungenutzten "weißen Flecken" zwischen lizenzierten Frequenzen. Die **Kommission sollte dazu aufgefordert werden**, sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten und nationalen Regulierungsbehörden die effizienteste Nutzung und **das effektivste Management der Frequenzbänder garantieren und die geteilte, nicht-kommerzielle und unlizenzierte Nutzung von und den Zugang zu Frequenzen erlauben.**

1 <http://www.zdnet.com/ofcom-moots-white-space-tech-for-broadband-smart-grid-4010020996/>

ICH WERDE DIE MODERNISIERUNG DES URHEBERRECHTS UNTERSTÜTZEN

Ich werde mich für die Reform des Urheberrechts, besseren Zugang zu Wissen, das Recht auf Kommunikationsfreiheit und das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben einsetzen. Um eine Weiterverwendung von Werken zu erleichtern, werde ich bestehende Ansätze zur Harmonisierung und Festschreibung des Urheberrechts, die solch eine Nutzung vorsehen, fördern. Ebenso werde ich mich für Reformen der Ausnahmeregelungen im Urheberrecht für öffentliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen einsetzen, etwa aus den Bereichen Kultur, Geschichte und Bildung. Ich möchte sicherstellen, dass Werke, die mit Hilfe öffentlicher Mittel hergestellt wurden, anschließend auch öffentlich zugänglich sind. Entsprechend werde ich Versuche, die Ausweitung von Dauer und Umfang bestehender Urheberrechte ablehnen.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Das Urheberrecht ist ein Bündel aus exklusiven Monopolrechten, das Autoren von literarischen, musikalischen oder kreativen Werken zustehen und ihnen Kontrolle über ihre Werke zur Sicherung eines gerechten Entgelts geben.

Es gibt zahlreiche Ausnahmen im Urheberrecht. Solche Ausnahmen erlauben zum Beispiel den Zugang zu Werken in öffentlichen Bibliotheken, den Zugang für Menschen mit Behinderungen, die Nutzung von Werken in der Schule, etc. Diese Ausnahmen sind notwendig, um das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben, das Recht auf Entwicklung und das Recht auf Beteiligung am öffentlichen Leben zu sichern.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Urheberrechtsthemen sind wichtig, weil sie leicht zu Ungleichheiten im Hinblick auf den Zugang zu Wissen und kulturellem Leben führen können. Jeder hat das Recht auf Wissen und Zugang zu Kultur. Außerdem ist es vor allem in den Bereichen Bildung und

Wissen wichtig, die Restriktionen des Urheberrechts flexibler zu gestalten. Ausnahmen im Urheberrecht können durch Schrankenregelungen für den offenen Zugang umgesetzt werden. "Open access" Online-Zeitschriften, wie etwa frei zugängliche wissenschaftliche Zeitschriften, kommen ohne technische, finanzielle oder rechtliche Barrieren aus. Das ist sowohl für Studierende als auch Wissenschaftler wertvoll. Geteiltes Wissen beschleunigt den wissenschaftlichen Fortschritt, da Menschen auf gegenseitigen Input aufbauen können. Denn Kreativität bedeutet nicht nur, neue Konzepte zu erfinden, sondern auch bereits bestehende Ideen zu kombinieren.

Angesichts der Tatsache, dass digitale Inhalte sehr einfach in und zwischen Computern kopiert werden können, ist es wichtig, dass der rechtliche Rahmen flexibel genug und leicht verständlich ist und von den Bürgern als legitim anerkannt wird. Bürger können nämlich nicht überzeugt werden, dass das Gesetz theoretisch gut und gutgemeint ist, wenn sie im Alltag ein absurdes, veraltetes und unverhältnismäßiges Urheberrecht erleben.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Unterstützen Sie Maßnahmen, die sich von **bisherigen restriktiven (und gescheiterten) Durchsetzungsmechanismen** abheben.
- Setzen Sie sich für eine glaubhafte, umfassende **Reform der Ausnahmen und Einschränkungen des Urheberrechts** ein.
- Unterstützen Sie eine **Reform der Richtlinie zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum**, die eine klare Definition des Begriffs "gewerbliches Ausmaß" beinhaltet (wie es die EU-Kommission in ihrem Fahrplan zur Reform versprochen hat) und die den Zugang privater Akteure zu personenbezogenen Daten beschränkt.

ICH SETZE MICH GEGEN FLÄCHEN- DECKENDE, UNKONTROLLIERTE ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN EIN

Ich werde jegliche Gesetzesvorschläge ablehnen, die eine Speicherung oder Überwachung von Kommunikationsdaten vorsehen, sollten diese nicht unabhängig und glaubwürdig auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit überprüft worden sein.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Staaten und Unternehmen haben heutzutage immer bessere technische Möglichkeiten, um Kommunikationen global zu überwachen. Sie sammeln und speichern immer mehr personenbezogene Daten. E-Mails, SMS, Tweets, Suchanfragen, Lesezeichen, Cookies, Browserverläufe, Video- und Audioübertragungen können gespeichert und einer bestimmten Person zugeordnet werden. Dies erlaubt das Erstellen eines detaillierten Profils, inklusive Annahmen bezüglich sexueller Orientierung, Alter, Einkommen, politischer Meinungen, sozialer Kontakte, usw. Die Verarbeitung und Wiederverwendung der Daten von Bürgern wird aus wirtschaftlicher Sicht immer lukrativer. Technische Möglichkeiten, der mangelnde Schutz von persönlichen Daten, und gescheiterte Kontrollmechanismen (insbesondere im Hinblick auf die Ausnahme der "nationalen Sicherheit") haben zu globalen Massenüberwachungsprogrammen von Regierungen geführt, wie die Dokumente von Edward Snowden gezeigt haben.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Das Recht auf Privatsphäre ist ein Menschenrecht: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte besagt "Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr ausgesetzt werden". Allerdings ist es offensichtlich, dass dieses "allgemeine" Recht erheblich eingeschränkt wurde. Immer wieder wird wiederkehrendes Motiv in die Diskussion geworfen, um Überwachungs- und Sicherheitsmaßnahmen zu rechtfertigen: Terrorismus, die angeblich größte Gefahr unserer Zeit. Jedoch sind im Jahr 2013¹ in Europa zehn mal so viele Menschen an einem einzigen Tag in Straßenunfällen ums Leben gekommen als

im ganzen Jahr aufgrund von terroristischen Anschlägen². Außerdem hat sich gezeigt, dass die Überwachungsmaßnahmen in den USA nach dem 11. September sehr wenig gebracht haben.³

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Stimmen Sie gegen **unverhältnismäßige, unnötige Überwachungsmaßnahmen**, wie etwa das vorgeschlagene EU-System zur Verwertung von Fluggastdaten (PNR). Der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) hat im April 2013 den Vorschlag der Kommission abgelehnt. Das neue Parlament sollte nun die Entscheidung der LIBE-Ausschusses bestätigen.
- **Lehnen Sie Vorschläge für eine neue Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung** ab, die die verdachtsunabhängige und ungezielte Sammlung und Speicherung von Telekommunikationsdaten zum Ziel hat.
- **Lehnen Sie Vorschläge für Datenabkommen mit Drittländern** ab, wie etwa das vorgeschlagene EU-Kanada Fluggastdatenabkommen, welches die Speicherung und den Übermittlung der persönlichen Daten aller EU-Bürger vorsieht, die nach Kanada fliegen.
- Stellen Sie sicher, dass Gesetzesvorschläge den “Necessary and Proportionate Principles” entsprechen, **bevor neue Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen verabschiedet werden.**⁴

1 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-236_en.htm

2 <https://www.europol.europa.eu/content/eu-terrorism-situation-and-trend-report-te-sat-2014>

3 Washington Times : NSA chief’s admission of misleading numbers adds to Obama administration blunders <http://www.washingtontimes.com/news/2013/oct/2/nsa-chief-figures-foiled-terror-plots-misleading/>

4 International Principles on the Application of Human Rights to Communications Surveillance: <https://en.necessaryandproportionate.org/text>

ICH WERDE ANONYMITÄT UND VERSCHLÜSSELUNG IM INTERNET UNTERSTÜTZEN

Ich werde gesetzliche Maßnahmen zur Sicherstellung von Anonymität im Netz ebenso wie das Recht auf Nutzung von Verschlüsselungstechniken unterstützen. Zusätzlich möchte ich Maßnahmen zur Entwicklung und Förderung von Technologien unterstützen, die zu einem besseren Schutz der Privatsphäre beitragen.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Anonymität im Internet bedeutet, dass ein Nutzer nicht im Internet identifiziert werden kann. Zu Techniken, die den Schutz der Privatsphäre erhöhen, gehören etwa die Nutzung eines Pseudonyms oder eines Alias-Namens, das Surfen im Internet von öffentlichen Orten wie Bibliotheken oder Cafés, das Nutzen eines VPNs (virtuelles privates Netzwerk), privatsphärefreundlichen Browserereinstellungen usw. Verschlüsselung bedeutet, dass nur die beabsichtigten Empfänger Informationen lesen können. Durch sie können Nachrichten verschlüsselt werden, so dass mehr Vertraulichkeit und ein höheres Niveau an Privatsphäre gegeben sind. Falls Sie mehr über Verschlüsselung lernen möchten, können Sie unsere Broschüre "Wie das Internet funktioniert" und die "Security in a box"-Anleitung von Tactical Tech lesen.¹

WARUM IST DAS WICHTIG?

Verschlüsselung und Anonymität im Internet sind zentral für den Schutz der Privatsphäre im Internet. Wenn Sie sensible Informationen an Ihre Familie oder Freunde per Post verschicken, stecken Sie den Brief wahrscheinlich eher in einen Umschlag als eine Postkarte zu benutzen. Warum sollten Sie dann persönliche oder vertrauliche Informationen in einer ungeschützten E-Mail oder in einem ungeschützten Netzwerk verschicken?

Im November 2013 war ein Hacker in der Lage E-Mails und Dokumente über das unverschlüsselte WLAN des Europäischen Parlamentes abzufangen². Die Einfachheit, mit

der es der/dem StörerIn möglich war, die Kommunikation einer europäischen Institution abzuhören, zeigte, dass Privatsphäre und Anonymität für einen demokratischen Diskurs lebensnotwendig sind. Politische EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen müssen ohne Angst vor Spionage mit einander reden können. Regierungen müssen in einer funktionierenden Demokratie ihre Institutionen und BürgerInnen gegen Überwachung schützen, müssen die Entwicklung von Technologien, welche die Privatsphäre von BürgerInnen schützen, fördern und die Nutzung solcher Technologien unterstützen.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Unterstützen Sie die **Finanzierung** zur Entwicklung und Nutzung von Technologien, die zu einem besseren Schutz der Privatsphäre beitragen.
- Helfen Sie sicherzustellen, dass **Verschlüsselungstechnologien auf Basis freier Open-Source-Software** in den EU Institutionen als Standard genutzt werden.
- Verlangen Sie von der Kommission Gesetzentwürfe, welche alle öffentlichen Einrichtungen dazu verpflichten, BürgerInnen die Möglichkeit zur **verschlüsselten Kommunikation mit ihnen anzubieten**.

1 EDRI's Anleitung kann heruntergeladen werden auf http://edri.org/wp-content/uploads/2013/10/paper03_web_20120123.pdf

Tactical Technology guide: Security in a box https://securityinabox.org/en/chapter_7_4

2 MediaPart: 'It was child's play': how a hacker broke into MEPs' secret email accounts <http://www.mediapart.fr/journal/international/211113/it-was-childs-play-how-hacker-broke-meps-secret-email-accounts>

ICH WERDE MASSNAHMEN ZUR PRIVATISIERTEN RECHTSDURCHSETZUNG AUSSERHALB DER RECHTSSTAATLICHKEIT ABLEHNEN

Ich werde jegliche Maßnahmen ablehnen, die im Falle angeblicher Rechtsbrechung im Internet eine Umgehung gerichtlicher Überprüfung vorsehen und die dadurch ISPs und anderen Organisationen erlauben oder sie sogar nötigen, solche angeblichen Rechtsbrüche zu überwachen oder gar abzustrafen. Hiervon ausgenommen sind Fälle, bei denen Gefahr im Verzug ist und daher der Eingriff nur von kurzer Dauer ist.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Das Internet hat sich zu einem Instrument entwickelt, welches Meinungs-, Kommunikations- und Versammlungsfreiheit, sowie kollektive Aktionen fördert. Allerdings können unsere bürgerliche und politische Rechte durch das Internet auch eingeschränkt werden.

Regierungen nutzen in zunehmendem Maße private Akteure, um Inhalte im Internet zu überwachen. Politische Entscheidungsträger und die Internetindustrie schließen immer öfter "freiwillige" Vereinbarungen ab, um das Recht durchzusetzen. Das Resultat dieser Praxis ist, dass ordentliche Gerichtsverfahren durch willkürliche Entscheidungen von privaten, häufig ausländischen, Firmen ersetzt werden. Dadurch kann die Ausübung der Rechte zum Schutz der Privatsphäre oder der Meinungs-, Kommunikations- und Versammlungsfreiheit beeinträchtigt oder gar aufgehoben werden. Die auferlegten Sanktionen fallen zudem außerhalb der Rechtsstaatlichkeit und können so etwa die Unschuldsvermutung aushebeln. Artikel 21 des EU-Vertrages schreibt jedoch vor, dass die EU in ihren internationalen Beziehungen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit respektieren muss. Weiterhin verlangt Artikel 52 der Charta, dass Einschränkungen von Grundrechten auf rechtlichen Vorschriften beruhen müssen.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Staaten müssen Internationales Recht achten während Unternehmen keine Vertragsparteien und daher nicht an internationale Verträge gebunden sind. Heutzutage

wird eine große Anzahl von "freiwilligen" Maßnahmen von global agierenden US-Unternehmen durchgeführt. Dadurch wird das US-Recht Europa und seinen Bürgern aufgezwungen. Ein Beispiel ist der US Digital Millennium Copyright Act (DMCA): Gemäß 17 U.S.C. Section 512(c)(3) und 512(d)(3) löschen Serviceanbieter wie Google auf der ganzen Welt Inhalte und nehmen Internetseiten aus dem Index heraus, wenn sie wegen vermeintlichen Urheberrechtsverletzungen dazu aufgefordert werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die angemahnte Veröffentlichung in Europa legal ist oder nicht.

Schlagkräftige Kampagnen der Zivilgesellschaft, in die EDRi aktiv involviert war, haben zur Ablehnung des ACTA-Abkommens (Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen) geführt. ACTA wollte freiwillige Maßnahmen einführen, die dann von der Industrie umgesetzt werden sollten, um Urheberrecht privat durchzusetzen, jedoch ohne irgendwelche Schutzklauseln für den Schutz der Grundrechte vorzusehen.

Regierungen ignorieren häufig das Recht auf Meinungsfreiheit sowie Fragen der Rechtssicherheit und des Wettbewerbs, wenn sie privatisierte Rechtsdurchsetzungsmechanismen implementieren und vernachlässigen zudem die möglichen kontraproduktiven Auswirkung solcher Maßnahmen.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- **Lehnen Sie alle Vorschläge ab**, die Durchsetzungsmechanismen außerhalb der Rechtsstaatlichkeit durch private Unternehmen beinhalten.

Weitere Informationen zu dem Thema gibt es in unserer Broschüre zu Menschenrechten und privater Rechtsdurchsetzung an unter http://edri.org/wp-content/uploads/2014/02/EDRi_HumanRights_and_PrivLaw_web.pdf (eng)

ICH WERDE MICH FÜR EXPORT-KONTROLLEN VON ZENSUR- UND ÜBERWACHUNGSTECHNOLOGIEN EINSETZEN

Ich lehne den Verkauf und die Verbreitung europäischer Überwachungstechnologie und Zensurwerkzeuge an autoritäre Systeme, in denen keine Rechtsstaatlichkeit herrscht, ab. Ich setze mich für die Wahrung der Privatsphäre von Aktivisten, Journalisten und Bürger überall auf der Welt ein, indem ich Gesetze unterstütze, die verhindern sollen, dass repressive Staaten solche Technologien aus Europa erwerben.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Die Hauptidee hinter Exportkontrollen von sogenannten Waren mit doppeltem Verwendungszweck klingt relativ simpel: es wird eine Liste von Gütern definiert, welche einfach in missbräuchlicher und repressiver Weise genutzt werden können und deren Export in Drittländer reguliert werden soll. Während es relativ einfach ist, den Handel von greifbaren Objekten zu regulieren, ist es sehr viel schwieriger den Handel von Software und programmierten Objekten zu regulieren.

Diese Herausforderungen bestehen für eine Vielzahl an Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und stellen ein großes Problem für den Gesetzgeber im Hinblick auf die Implementierung von Exportkontrollen dar.

Es gibt verschiedene nationale, europäische und internationale Listen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck. Diese Listen interagieren auf bestimmte Art und Weise, die wichtigsten Instrumente in Europa sind jedoch die Verordnung (EG) Nr. 428/2009 für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und das Wassenaar-Abkommen für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und Gütern und Technologien. Beide Dokumente enthalten lange Listen von Technologien, die entweder von der EU oder dem Wassenaar-Abkommen als doppelverwendungsfähigen Technologien eingeordnet werden. Dem Wassenaar-Abkommen gehören die EU und andere Länder, wie etwa die USA, Russland und Mexiko, an.

Das Prinzip bedeutet, dass die Unterzeichner unserer "Charta der digitalen Grundrechte" Erneuerungen und Änderungen des Europäischen Rechts unterstützen werden, welche den Verkauf und die Verbreitung von Überwachungs- und Zensurtechnologien einschränken. Solche Änderungen könnten die Übernahme von Änderungen des Wassenaar-Abkommens in die Verordnung (EG) Nr. 428/2009 bedeuten, so dass Handelsgarantien und andere europäische Steuertöpfe davor bewahrt werden, die Entwicklung und den

Handel von Überwachungs- und Zensurtechnologien zu unterstützen. Zudem könnte so gleichzeitig sichergestellt werden, dass Menschenrechte bei allen Exportentscheidungen Berücksichtigung finden.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Filterwerkzeuge und -dienstleistungen, die in Europa hergestellt werden, erfreuen sich bei autoritären Regimen großer Beliebtheit. Genauso wie Internetkontrollen weltweit wachsen, wächst der Markt für Überwachungstechnologien. Ihre Benutzung ist allgegenwärtig und zunehmend undurchsichtig. Die Nutzung dieser Technologien hat unmittelbar zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt geführt. In Frankreich müssen sich zwei Unternehmen momentan vor Gericht für die Beihilfe zur Folter in Libyen und Syrien verantworten, da sie Überwachungssysteme in diese Länder exportiert hatten.

Zugleich ist es wichtig, dass diese Regulierungen nicht zu restriktiv sind. Weder sollte legitime IT-Sicherheitsforschung verhindert werden, noch sollte der Export von Verschlüsselungssystemen eingeschränkt werden. Es ist wichtig, dass die Verbesserung der Sicherheit von IT-Systemen nicht kriminalisiert wird. Dazu wird es einer kontinuierlichen Ergänzung des Wassenaar-Abkommens und der EU Dual-Use-Liste bedürfen, um sicherzustellen dass Überwachungs- und Zensurtechnologien als solche erfasst werden, ohne dass diese Regulierungen legitime Sicherheitsuntersuchungen beeinträchtigen.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Bitten Sie die Europäische Kommission, existierende **Exportkontrolllisten des Wassenaar-Abkommens**, die Ende 2013 verabschiedet wurden, umzusetzen.
- Fragen Sie die Europäische Kommission und Ihre nationale Regierung, welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um sicherzustellen, dass **legitime Sicherheitsforschung nicht durch eine eventuelle Erweiterung der Exportkontrollen** eingeschränkt werden.
- Setzen Sie sich im Rahmen der Entwicklung der EU Dual-Use-Verordnung für einen **starken Menschenrechtsfokus** ein, der explizit Menschenrechte als eines der Hauptbeschränkungen des Handels mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck berücksichtigt.
- Sollten Sie Nachrichten über gefährliche Überwachungs- oder Zensurtechnologien hören, so **fragen Sie die Europäische Kommission und Ihre nationale Regierung**, ob der Export dieser Technologien durch die EU Dual-Use-Liste und das Wassenaar-Abkommen eingeschränkt ist und falls nicht, warum nicht.
- Sprechen Sie sich **gegen den Handel und die Entwicklung von Überwachungs- und Zensurtechnologien in Europa** aus.

ICH WERDE MICH FÜR DAS MULTI-STAKEHOLDER- UND MITBESTIMMUNGS-PRINZIP EINSETZEN

Bei der Koordination der Ressourcen und Standards des Internets und bei der Vergabe von Namen, Nummern, Adressen, etc. werde ich mich für eine freie und offene Organisation einsetzen, die eine Beteiligung aller Akteure und Interessengruppen erlaubt. Ich werde Maßnahmen unterstützen, die darauf abzielen eine Einflussnahme durch die Zivilgesellschaft im Hinblick auf eine solches Mitbestimmungsprinzip sicherzustellen. Ich werde daher jegliche Versuche seitens staatlicher und zwischenstaatlicher Organisationen, das Internet zu kontrollieren, ablehnen.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Das Multistakeholder- und Mitbestimmungsprinzip bezeichnet ein freies, offenes und beteiligungsorientiertes Modell von Internet Governance, welches Regierungen, internationale und regionale Organisationen, die Zivilgesellschaft, Unternehmen, die Technologieindustrie, die Wissenschaft und Internetnutzer mit einbezieht.

Dieses Modell wurde zum ersten Mal in den 1990er Jahren diskutiert als die "Internet Corporation for Assigned Names and Numbers" (ICANN) gegründet wurde. Sie repräsentiert einen alternativen Entscheidungsfindungsprozess, der sich von denen der "Internet Society" (ISOC) und der "Internationalen Telekommunikations Union" (ITU) abgrenzt.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Das Multistakeholderprinzip ist wichtig, weil es theoretisch allen Interessengruppen erlaubt, sich an verschiedenen Foren aktiv zu beteiligen, um an der Koordination von Regulierungen, Ressourcen und Standards im Internet, wie zum Beispiel bei der Vergabe von Namen, Nummern, Adressen, usw., teilzunehmen. In der Praxis sind allerdings nicht alle Gruppen gleich stark vertreten. Die Zivilgesellschaft ist oft stark unterrepräsentiert. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist jedoch dringend notwendig um zu gewährleisten, dass Entscheidungen wirklich repräsentativ sind und die Sichtweisen aller Interessengruppen widerspiegeln.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

Unterstützen Sie Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Zivilgesellschaft die Möglichkeit und Kapazität hat, sich umfassend und wirksam an Governance-Prozessen zu beteiligen und sich Versuchen von Unternehmen, staatlichen oder zwischenstaatlichen Institutionen erwehren kann, die Kontrolle über die Internet Governance an sich zu reißen. Es wird von grundlegender Bedeutung sein, dass Internet-Governance-Institutionen sind an folgenden Kriterien halten:

- **Offenheit:** Das Recht jeder Person an Governance Prozessen, die sie interessieren oder betreffen, teilzunehmen.
- **Transparenz:** Die Dokumentation sowie alle Prozessdokumente sollen frei zugänglich sein. Es sollte aktiv sichergestellt werden, dass alle entfernten Teilnehmer sich in Sitzungen zu Worte melden können.
- **Zugänglichkeit:** Orte, an denen die Entscheidungen über Internet Governance vorbereitet und getroffen werden, müssen zugänglich, offen, inklusiv und transparent sein.
- **Effektive Teilnahme:** Das Recht teilzunehmen und die offene Natur des Mitbestimmungsprozesses garantieren nicht automatisch eine effektive Teilnahme aller relevanten Akteure. Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede müssen ebenfalls berücksichtigt werden.
- **Vielfalt:** Es sollten vielfältige Standpunkte und Interessen einbezogen werden, sodass eine umfassende Abwägung und Repräsentativität gewährleistet sind.
- **Festlegung der Tagesordnung:** Offene Verfahren zur Festlegung der politischen Prioritäten sind entscheidend, hierzu gehören auch öffentliche Aufrufe zu Workshops.
- **Klare Definitionen der "jeweiligen Rollen" und der Verfahren:** Die Rollen aller Interessengruppen (z.B. die Rolle von Regierungen in Internet Governance Foren oder die Rolle der EU Kommission in diversen Dialogen, ExpertInnen Gruppen und Industriekoalitionen) und Verfahren müssen klar definiert sein.
- **"Bottom up"-Verfahren** für die Entwicklung von politischen Leitlinien sind eine grundlegende Voraussetzung für Multistakeholder-Vereinbarungen.
- **Gleichberechtigung:** Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Teilnehmer ist wichtig für die Festlegung der Tagesordnung und die ersten Phasen der Diskussion - sie muss auf jeder Ebene durchgesetzt werden. Lobbyisten, die Industrieinteressen vertreten, haben wesentlich mehr Ressourcen und Mitarbeiter, um Prozesse zu ihren Gunsten zu beeinflussen.
- **Offene Konsultationen:** Konsultationsverfahren sollten offen sein und sowohl in Form von physischen Treffen als auch über Online-Plattformen stattfinden

ICH WERDE DIE NUTZUNG VON FREIER SOFTWARE UNTERSTÜTZEN (OPEN SOURCE SOFTWARE)

Ich werde mich für Maßnahmen stark machen, die die Nutzung und Verbreitung von freier Software (Open Source Software) erlauben und fördern. Das gilt ebenfalls für Regierungen und öffentliche Einrichtungen, die öffentliche Fördergelder aus dem EU-Haushalt erhalten.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Freie Software (oder "Open Source" Software) sind Computerprogramme, die jeder benutzen, analysieren, teilen und verbessern kann. Freie Software ist das Herz des Internets und liefert die Grundlage für die erfolgreichsten Unternehmen in der IT-Industrie. Nur mit freier Software können Nutzer verstehen, was ein Computerprogramm eigentlich tut, welche Daten es wohin schickt, und wie es zu Ergebnissen kommt.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Es gibt drei Hauptgründe, warum die Nutzung von freier Software so wichtig ist: Sie gewährleistet die Einhaltung von Verbraucherrechten, gibt Bürgern volle Kontrolle über ihre elektronischen Geräte und macht die Infrastruktur unserer Demokratien widerstandsfähiger.

Wir sind in unserem täglichen Leben zunehmend auf Computer angewiesen, ob es nun Smartphones, Autos oder Thermostate sind. Bürger müssen volle Kontrolle darüber haben, wie diese Geräte funktionieren und die Freiheit haben, die Software auf diesen Geräten zu verändern und auszutauschen. Sie müssen auch Kontrolle darüber haben, welche Daten diese Geräte sammeln und mit wem diese Daten geteilt werden.

In demokratischen Staaten sind öffentliche Institutionen ein zentraler Teil der Infrastruktur. Da sie durch Steuergelder finanziert werden, müssen sie diese Gelder sinnvoll ausgeben. Wenn die Institutionen in den Angeboten eines bestimmten Verkäufers eingesperrt sind, werden sie am Ende Monopolpreise für Software und dazugehörige Dienstleistungen bezahlen.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Fordern Sie die Kommission auf, Gesetze vorzuschlagen, die öffentlich finanzierte Software, inklusive Anwendungen für mobile Geräte, **unter der "Freie Software"-Lizenzen öffentlich zugänglich machen.**
- Fordern Sie die Kommission auf, Gesetze vorzuschlagen, die **öffentliche Einrichtungen dazu verpflichten, die Ausstiegskosten** (Kosten für den Ausstieg aus einer bestimmten Technologie) in die Gesamtkosten für jede zu erwerbende Software oder Hosting-Lösung mit einzuberechnen.
- Fordern Sie die Kommission auf, Gesetze vorzuschlagen, die Verbraucherrechte stärken und **allen Verbraucher das Recht erteilt, die Software auf allen Geräten**, die sie kaufen oder dauerhaft im Besitz haben, zu ändern und auszutauschen.
- Fordern Sie die Kommission auf, Gesetze vorzuschlagen, die sicherstellen, dass Verbrauchern digitale Güter, die sie erworben haben, im Rahmen von Urheberrechtsausnahmen und -einschränkungen nutzen können.
- Stellen Sie sicher, dass Verschlüsselungstechnologien, die auf **freier Software beruhen, standardmäßig in allen europäischen Institutionen eingesetzt werden.**
- Fordern Sie die Kommission auf, Gesetze vorzuschlagen, die alle öffentlichen Einrichtungen dazu verpflichten, Bürgern die **Möglichkeit anzubieten, verschlüsselt mit ihnen zu kommunizieren.**
- Fordern Sie die europäischen Förderinstitutionen und die Europäische Kommission auf, die Entwicklung von dezentralen Kommunikationsplattformen, die auf freier Software und offenen Standards beruhen, zu **finanzieren.**



DEMOKRATIE UND RECHTS- STAATLICHKEIT VERTEIDIGEN

Als wir die Charta der digitalen Grundrechte entwarfen, entschieden wir uns dafür, ein übergreifendes Prinzip mit aufzunehmen, da es alle zehn Punkte der Charta berührt:

Ich werde jegliche Maßnahmen ablehnen, die Entscheidungsbefugnisse im Hinblick auf Bürgerrechte von demokratisch gewählten Entscheidungsträgern oder der Justiz aufheben wollen. Dies beinhaltet alle in der Charta genannten Punkte, beschränkt sich jedoch nicht auf sie.

WAS BEDEUTET DIESES PRINZIP?

Es gibt immer mehr Vorschläge die versuchen, wichtige politische Entscheidungen außerhalb von demokratischen Entscheidungsprozessen stattfinden zu lassen. Dies reicht von Bestrebungen, die Regulierung der Meinungsfreiheit im Internet in die Hände von privaten und häufig ausländischen Firmen zu legen bis hin zur Stärkung von Investitionsschutzklauseln (ISDS, investor state dispute settlement). Die Aufnahme von ISDS in Handelsabkommen würde es Unternehmen erlauben, Gesetzgebern mit Gerichtsverfahren zu drohen, sobald diese sich gegen bestimmte Gesetzesvorschläge wehren möchten. Die Unternehmen hätten die Möglichkeit, vor internationalen Gerichtshöfen zu klagen, die Verfassungsgerichten oder anderen Gerichten übergeordnet sind.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Die Europäische Union ist eine Union, die auf den Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruht. Die Regulierung der Meinungsfreiheit durch private Unternehmen oder internationale Gerichtshöfe widerspricht europäischen Werten und höhlt die Grundrechte von europäischen Bürgern aus.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Unterstützen Sie **Rechtsstaatlichkeit und demokratische Entscheidungsfindung**.
- Lehnen Sie Maßnahmen ab, die die Regulierung unserer Freiheiten **in die Hände von privaten Unternehmen** geben.
- Lehnen Sie Klauseln zum **Investitionsschutz in Handelsabkommen** ab.



EDRI.ORG/PAPERS

Übersetzung des englischen Originals
“The Charter of Digital Rights - A Guide for Policy-Makers”
von EDRI.